

Ein langfristiges Politik-Experiment

Die globale Klimapolitik hat ohne Zweifel Schwächen - doch taugliche Alternativen sind nicht in Sicht

Bei aller Kritik an der Klimapolitik: Die geltenden Abkommen hätten positive Veränderungen bewirkt, meint der ETH-Politologe Thomas Bernauer.

hof. · Wieder treffen sich Tausende von Diplomaten, Lobbyisten, Wissenschaftern und Journalisten aus aller Welt. Dieses Mal fliegen sie für die Klimaverhandlung in die südafrikanische Stadt Durban. Doch seit dem Klimagipfel von Kopenhagen 2009, an dem die Staatengemeinschaft ein neues Klimaregime auf die Beine stellen wollte und dabei scheiterte, sind die Erwartungen an die Gestaltungskraft der Politiker und Diplomaten tief gesunken. Viele sind schon zufrieden, wenn, wie in Cancún vor einem Jahr, der Verhandlungsprozess am Leben erhalten bleibt. Immer wieder wird deshalb die internationale Klimapolitik grundsätzlich hinterfragt. Ist es mit den geltenden völkerrechtlichen Mitteln überhaupt möglich, eine wirksame Klimapolitik zu betreiben?

Konstruktionsfehler

Grundlegend für die Klimapolitik ist das Rahmenabkommen der Uno über Klimaveränderungen (Klimakonvention). Es strebt an, die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu halten, auf dem eine gefährliche menschengemachte Störung des Klimasystems verhindert wird. Die Konvention legt nur Prinzipien fest. Konkrete und überprüfbare Klimaziele setzt sie keine. Dies tut das Kyoto-Protokoll, allerdings nur für einen Teil der Industrieländer. Hier erkennen die Kritiker den Schwachpunkt der globalen Klimapolitik: Die USA haben das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert, und die neuen, grossen Emittenten wie China und Indien werden nicht verpflichtet.

Dies sei ein Konstruktionsfehler, meint etwa Rafael Leal-Arcas, Rechtsprofessor an der Queen Mary University of London, der kürzlich an der Universität Bern sprach. Thomas Bernauer, Professor für internationale Beziehungen an der ETH Zürich, widerspricht. Die internationale Gemeinschaft habe in den 1980er Jahren bereits erfolgreich den Ausstoss der Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die zur Entstehung des Ozonlochs beitragen, reguliert. Auf diesen Erfahrungen habe man aufbauen wollen, sagt er im Gespräch.

Politische Energie freigesetzt

Allerdings habe sich bald herausgestellt, dass der Klimaschutz viel komplexer sei als das Ozonproblem. «Beim Ozon ging es - vereinfacht gesagt - darum, die Kühlschränke auszuwechseln. In der Klimafrage aber sind die Interessen der Staaten sehr heterogen. Und jeder politische Schritt greift in das Alltagsleben jedes Individuums ein», sagt Bernauer. Auch die Kosten, die mit dem Klimaschutz verbunden sind, sind um ein Vielfaches höher als bei den FCKW. Dass das Abseitsstehen der USA und der Entwicklungs- und Schwellenländer sehr problematisch ist, bestreitet Bernauer nicht. Dennoch erachtet er den eingeschlagenen Weg als richtig. Es habe kaum eine Alternative gegeben. «In Europa fand dank dem Kyoto-Protokoll ein ungeheurer Aufbruch statt. Hier konnten die Emissionen gesenkt werden. Das Kyoto-Protokoll hat viel politische Energie freigesetzt.» In der Klimapolitik stecke man noch immer in der Pilotprojektphase. «Wir befinden uns in einem langfristigen Politik-Experiment. Es braucht noch mindestens ein Jahrzehnt, bis die Klimapolitik ihre volle Wirkung entfaltet.»